

VON DER DELEGATION VORGELEGTE RESOLUTION  
VON ERYTHREN

THEMA KONFLIKTE UND INTERNATIONALE SICHERHEIT

BETRIFFT DIE GRÜNDUNG DER UNION FÜR GEMEINSAME DEMOKRATIE (UDC)

DIE GENERALVERSAMMLUNG,

- Notiert dass Frieden und internationale Sicherheit das oberste Ziel der Vereinten Nationen ist und dass ein demokratisches Gleichgewicht für die Erreichung dieses Ziels unerlässlich ist,
- Beobachtet dass Länder, in denen die Führung häufig wechselt, Ungleichgewichte auf der internationalen politischen und wirtschaftlichen Ebene schaffen, wie z. B. die USA, die alle vier Jahre internationale Organisationen verlassen und ihnen beitreten, oder Großbritannien, das Europa mit dem Brexit destabilisiert,
- Bemerkt dass die westlichen Bemühungen, ihr "demokratisches" Modell zu etablieren, überall gescheitert sind, in Afghanistan, Libyen, Irak etc.
- Ruft auf dass die Länder mit dem höchsten Wirtschaftswachstum und der größten politischen Stabilität die Länder sind, in denen die Staatsoberhäupter lange an der Macht sind,
- Bewundert diese europäischen Nationen, von denen die reichsten ihre Führer über einen langen Zeitraum im Amt halten konnten. Tatsächlich ist das höchste BIP in der europäischen Region das von Deutschland (Angela Merkel war 16 Jahre im Amt) und das höchste BIP pro Kopf das von Luxemburg (Jean-Claude Juncker war 18 Jahre im Amt),
- Inspiziert durch die hervorragende Arbeit des Genossen Xi Jinping, der seiner großen chinesischen Nation ein außergewöhnliches Wirtschaftswachstum beschert hat; durch den Ruhm, den Wladimir Putin Russland verschafft hat; durch ihre gemeinsame Tradition großer Führer, die auf unbestimmte Zeit an der Macht bleiben,
- Entrüstet durch die Tatsache, dass die Vereinten Nationen keine Organisation haben, die auf die Errichtung demokratischer und stabiler politischer Systeme abzielt,
- Beschließt ein neues internationales Gleichgewicht zu schaffen, indem sie eine Sonderorganisation mit dem Namen UDC gemäß Artikel 59 der Charta der Vereinten Nationen einrichtet, die sich für die Förderung der politischen und demokratischen Stabilität in den Mitgliedsländern, einsetzen soll:
- die finanzielle Unterstützung für Länder anbieten, die unbefristete Mandate übernehmen

- zur Einführung von Wirtschaftssanktionen gegen Länder, die dies nicht tun.

Der deutsche Text ist bindend.